

# Inhalt

Vorwort.....	9
Einleitung .....	11
<i>I. Die staatliche Fürsorge und die neue „Rassenpolitik“.....</i>	<i>25</i>
1. Das System der Fürsorge in Deutschland .....	25
Zur Struktur und Organisation der staatlichen Wohlfahrt (25) – Die freien Wohlfahrtsverbände und die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (29) – Die „Nationalsozialisierung“ der Kommunen und Wohlfahrtsämter (31) – Der Deutsche Gemeindegtag und die Wohlfahrtspflege (36) – Von der Individualfürsorge zur „Volkspflege“ (42)	
2. Antijüdische Politik und Öffentliche Wohlfahrt nach der Machtergreifung (1933 – 1934).....	46
Aktionen der Kommunen und Wohlfahrtsämter bis zum April-Boykott (46) – Städtische Maßnahmen und ihre Folgen seit dem Boykott (48) – Städtische Fürsorge und „jüdische“ Geschäfte (54) – Die Kampagne gegen jüdische Ärzte (56) – „Rasse- und bevölkerungspolitische“ Fürsorgeprinzipien im Deutschen Gemeindegtag (60) – „Geistig semitisiert“: Eine Diskussion über Vormundschaften bei „Mischlingen“ (63)	
<i>II. Die zunehmende Diskriminierung jüdischer Armer vor Ort.....</i>	<i>69</i>
1. Kommunale Aktionen und zentrale Maßnahmen (Frühjahr 1935 – Sommer 1936).....	69
Die Diskriminierung ortsfremder und die Separierung ortsansässiger Juden (69) – Erste kommunale Gesetzesinitiativen (74) – Die Ausgrenzung aus dem „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“ (78) – Vormundschaften und „Rassenpolitik“ (81) – Exkurs: Zur „Arisierung“ mildtätiger Stiftungen (I) (83)	
2. Verfolgungsplanung, Diskriminierung und Widersprüche (Herbst 1936 – Frühjahr 1937).....	86
Die Lage der Juden und die Konzeption der Verfolgung (86) – Die kommunale Wohlfahrt: Separierung und Leistungskürzungen (89) – Das Diskriminierungsinstrument Pflichtarbeit (93) – „Fremdrassige Schmarotzer“: Zur Ausgrenzungsdiskussion in München (96) – Exkurs: Die städtische Fürsorge und die „Zigeuner“ (I) (101)	
<i>III. Die Koordination der Deklassierung jüdischer Fürsorgeempfänger... ..</i>	<i>105</i>
1. Deutscher Gemeindegtag und Reichsinnenministerium: Zur Abstimmung lokaler Praktiken (Sommer 1937) .....	105
Die Tagung des DGT-Wohlfahrtsausschusses in Heidelberg (105) – Fürsorgeerziehung, Adoptionen, Pflegschaften: Diskussionen im Gemeinde-	

	tag (110) – Die DGT-Umfrage zur „Behandlung“ jüdischer Kranker in städtischen Anstalten (112)	
2.	Die Radikalisierung der Verfolgung (Herbst 1937 – Frühjahr 1938)	114
	Zentrale Planung und antijüdische Kommunalpolitik (114) – Der Gemein- detag und die rassistische Revision der Fürsorge-Richtsätze (116) – Städti- sche Politik gegenüber jüdischen Obdachlosen und „Asozialen“ (119) – Kooperation von Polizei und Fürsorge: Vier Aktionen gegen „Asoziale“ (123) – Zur Situation der jüdischen Wohlfahrt und der jüdischen Bevölke- rung (126) – Exkurs: Fürsorge und Judenverfolgung in Wien im Frühjahr 1938 (128)	
3.	Lokale und zentrale Maßnahmen in der Öffentlichen Fürsorge (Sommer 1938) . . . . .	130
	Die „Würzburger Richtlinien“ des Deutschen Gemeindetages (130) – Die städtische Wohlfahrt: Kennzeichnung, Separierung und Deklassierung (134) – Die Verschärfung der Pflichtarbeitsprogramme (137) – Ministerial- erlasse zur „Rassentrennung“ in öffentlichen Anstalten (140) – Ministerial- erlasse zur „Rassentrennung“ im Adoptions- und Vormundschaftswesen (143) – Exkurs: Zur „Arisierung“ mildtätiger Stiftungen (II) (145) – Exkurs: Fürsorge und Judenverfolgung in Wien im Sommer 1938 (148) – Zentrale antijüdische Politik und Vorbereitung einer antijüdischen Fürsorgeverord- nung (149)	
IV.	<i>Der Ausschluß bedürftiger Juden aus der Öffentlichen Wohlfahrt . . .</i>	157
1.	Die zentrale Neuorientierung der Verfolgung (Herbst 1938 – Winter 1938/1939) . . . . .	157
	Die Gewaltaktionen und die jüdische Fürsorge (157) – Spontane Maßnah- men städtischer Wohlfahrtsämter (160) – Zur Neuausrichtung der zentra- len antijüdischen Politik (163) – Die antijüdische Fürsorgeverordnung und weitere zentrale Regelungen (167) – Neue Instrumente zur Erfassung, Kontrolle und Separierung (171) – Die Bildung der „Reichsvereinigung“ und die Fürsorge (174)	
2.	Der chaotische Zwangstransfer der Fürsorgepflicht (Winter 1938/39 – Frühjahr 1939) . . . . .	177
	Zur Ausgrenzung vor Ort: Initiativen und Hindernisse (177) – Die Fürsor- gepraxis in der Reichshauptstadt Berlin (184) – Das Warten auf die Ausführ- ungsbestimmungen zur Fürsorgeverordnung (186) – Die Koordination städtischer Ausgrenzung im Deutschen Gemeindegtag (189) – Isolierung und Konzentration: Kranke in Heil- und Pflegeanstalten (193) – Isolierung und Konzentration: Alte und Obdachlose (196) – Die Folgen des Zwangs- transfers für die jüdische Fürsorge (198) – Pflichtarbeit für Juden als städti- sche Norm (203) – Exkurs: Zur „Arisierung“ mildtätiger Stiftungen (III) (208)	
3.	Neue Impulse für den Zwangstransfer (Sommer 1939) . . . . .	212
	Die unregelmäßige städtische Praxis und der Gemeindegtag (212) – „Kriminelle Elemente“: Der Ministerialerlaß zur „Rassentrennung“ in der Fürsorger- ziehung (217) – Die Gründung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ (221) – Exkurs: Fürsorge und Judenverfolgung in Wien Ende 1938 – Ende 1939 (226)	

V.	<i>Öffentliche Fürsorge und Reichssicherheitshauptamt im Konflikt</i> . . .	235
1.	Die zentrale Koordination des Zwangstransfers (Herbst 1939 – Winter 1939/40) . . . . .	235
	Zentrale Änderungen im Wohlfahrtssystem und in der Verfolgungspolitik (235) – Zuständigkeit und Kostenersatz: Neue Diskussionen mit dem Gemein- detag (238) – Die Übernahme der Kosten der Geschlossenen Fürsorge durch die „Reichsvereinigung“ (241) – Die städtische Wohlfahrt: Ein Jahr nach der antijüdischen Verordnung (243) – Die jüdische Fürsorge und die Auswirkungen der Verfolgungspolitik (246)	
2.	Diverse Verfolgungsinteressen: Fürsorgeverbände, Gemeindegat und RSHA (Frühjahr – Herbst 1940) . . . . .	249
	Die Initiativen Fiehlers vom April (249) – Die Kostenkämpfe um die Geschlossene Fürsorge (253) – Konzentration und Ermordung jüdischer Patienten in Heil- und Pflegeanstalten (256) – Die „Reichsvereinigung“: Finanznot und Etatprobleme (259) – Der Pyrrhussieg des RSHA über Fiehler und den Gemeindegat (262)	
3.	Zum Abschluß des Zwangstransfers (Winter 1940/41) . . . . .	265
	Das Schlußlicht im Altreich: Berlin (265) – Zum Fortgang der Ausgren- zungsdiskussion (268) – Die „Reichsvereinigung“ und die Sparbefehle des RSHA (270)	
4.	Die Vorbereitung der Deportationen und die jüdischen Armen (Frühjahr – Sommer 1941) . . . . .	275
	Die Errichtung von „Judenlagern“ und die Öffentliche Fürsorge (275) – Neue Ausgrenzungsiniciativen städtischer Wohlfahrtsämter (276) – Das RSHA und die Wohlfahrtsausgaben der „Reichsvereinigung“ (281) – Ex- kurs: Fürsorge und Judenverfolgung in Wien 1940 – 1941 (283) – Exkurs: Zur Behandlung der „Mischlinge“ in der Fürsorgeerziehung (288)	
VI.	<i>Die „Endlösung“ und die jüdischen Armen</i> . . . . .	295
1.	Die Deportationen, die jüdischen Armen und die Öffentliche Fürsorge (Herbst 1941 – Herbst 1942) . . . . .	295
	Die Massentransporte und die „Reichsvereinigung“ (295) – Die Legalisie- rung der „Würzburger Richtlinien“ (297) – Die beschleunigte Deportation von der Fürsorge abhängiger Juden (299)	
2.	Fortgang und Ende der Ausgrenzungsdiskussion (Herbst 1941 – Ende 1942) . . . . .	302
	„Schonung der Mischehen?“ Öffentliche Fürsorge versus RSHA (302) – Der Schlußakt: Der Ministerialerlaß zum Ausschluß der Juden aus der NS-Fürsorge (305) – Exkurs: Die Öffentliche Fürsorge und die „Zigeu- ner“ (II) (307)	
	<i>Schlußbetrachtung: Zum Anteil der Öffentlichen Fürsorge an der Judenverfolgung im NS-Staat</i> . . . . .	311
	Protagonisten und Akteure (311) – Lokale Wohlfahrt und staatlich tole- rierte Diskriminierung (314) – Im Interessenkonflikt: Lokale und zentrale Verfolgungspolitik (317) – Vernetzung, Koordination und Dynamisierung:	

Der Gemeindegtag (320) – Vom Solidarverband zur Zwangsorganisation:  
 Die jüdische Wohlfahrt (323) – Zu den Motiven und Interessen der Betei-  
 ligten (325) – Ausblick und Fazit (327)

Tabellen .....	333
Abkürzungen .....	339
Quellen und Literatur .....	343
Register .....	357
Personenregister .....	357
Ortsregister .....	359